

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Sichtbarmachung von Gefahrenstellen für Fußgänger und Radfahrer (GR. Haberler, MBA, ÖVP)

Die kommende sogenannte „schlechte“ Jahreszeit ist allseits bekannt für Beeinträchtigungen für Fußgänger und Radfahrer, etwa aufgrund von Niederschlägen, schlechter Sicht wegen früher Dämmerung/Dunkelheit sowie auch wegen Nebels, zuzüglich gefährlicher Glätte wegen Eis und Schnee.

D.h. die sinnvolle Mobilität der Mitbürger „zu Fuß“ bzw. „zu Rad“ wird aus eingangs genannten Gründen erheblich beeinträchtigt, und sollte das aber zum Anlass genommen werden, um Verbesserungen vorzunehmen, was diese ökonomische und auch ökologische Mobilität gerade in der kommenden Wintersaison stützt, aber darüber hinaus eine ganzjährige Nützlichkeit entfaltet.

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden ersucht, Geh- und Radwege auf das Vorhandensein gefährlicher Hindernisse unter Einbindung der 17 Bezirksvertretungen zu evaluieren und gegebenenfalls Abhilfe durch den Einsatz von Reflektorstreifen zu prüfen. Dies sollte auch bei temporären, baulich bedingten Beeinträchtigungen erfolgen.

Des Weiteren werden die zuständigen Stellen im Haus Graz ersucht zu prüfen, wo und wie eine zusätzliche Nutzung von hinreichend breiten Gehwegen für Radfahrer möglich sein könnte.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.2 Kreuzung Weinzöttlstraße / Grazer Straße / Grabenstraße / Lindengasse –
Evaluierung der Kreuzungssituation (GR. DI. Topf, ÖVP)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Kreuzung Weinzöttlstraße / Grazer Straße / Grabenstraße / Lindengasse scheint nach dem erfolgten Umbau für viele KFZ-Benützer ein großes Problem zu sein:

Die Linksabbieger von der Grazer Straße in die Grabenstraße übersehen sehr oft die aus der Lindengasse in die Grazer Straße geradeaus fahrenden Verkehrsteilnehmer und fahren mit vollem Tempo (linksabbiegend) über die Kreuzung. In letzter Zeit ist es häufig zu brenzlichen Situationen gekommen, so auch mit einem Bus der Linie 53.

Möglicherweise liegt dieses Problem nicht nur bei den Verkehrsteilnehmern selbst, sondern vielleicht auch in der Verkehrsführung bzw. in der Ampelschaltung.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen die Situation vor Ort einer Evaluierung unterziehen und dabei auch eine Splittung der Grünphase für die Querung der Weinzöttlstraße in die Überlegungen miteinbeziehen – so wie etwa an der südöstlich gelegenen Kreuzung Grabenstraße / Andritzer Reichsstraße / Körösisstraße.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.3 Freie Durchgänge und Servitutsrechte erhalten (GR. Mag. Fabisch, KPÖ)

Immer wieder werden in unserer Stadt Straßenabschnitte, die seit Jahrzehnten von den Grazerinnen und Grazern als Spazier- und Wanderwege genutzt werden, durch Schranken bzw. Verbotstafeln für die breite Bevölkerung gesperrt.

Im Bezirk Mariatrost z. B. wurden am Rosenschlößlweg an beiden Enden der Straßen Schilder aufgestellt, die das Gehen und Fahren für Passanten verbieten. Ein Schranken in der Mitte des Straßenverlaufs unterstreicht dies noch.

Ähnliches gilt für den obersten Verlauf der Mariagrüner Straße (Anschluss zum Oberen Plattenweg): Zwei Schilder, die die „Benutzung nur für Berechtigte“ zu erlauben scheinen, führen zu einer starken Verunsicherung derjenigen, die seit vielen Jahren gewohnt sind, diese Stellen zu passieren.

Da mein diesbezüglicher Antrag aus dem Jahr 2016 bis heute weder beantwortet noch erledigt wurde, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs noch einmal folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den freien Durchgang und die allgemeine Benützung für die beiden oben genannten Straßenabschnitte zu erwirken.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.4 Verdoppelung des Bezirksratsbudgets (GR. Mag. Fabisch, KPÖ)

Seit acht Jahren wurden die Bezirksratsbudgets nicht mehr erhöht. Gerade einmal 70 Cent pro BezirksbewohnerIn laut Zentralem Melderegister (ZMR) und Jahr wendet die Stadt Graz derzeit dafür auf. Für das Jahr 2018 wurden dafür etwa 200.000,- Euro veranschlagt.

Demokratisch, unbürokratisch und zeitnah vergeben die Vertretungen der 17 Grazer Stadtbezirke Förderungen an Projekte, die in den einzelnen Stadtteilen Wichtiges leisten. Darum wäre es notwendig, sie auch mit den nötigen finanziellen Mitteln

auszustatten. Gerade die BezirksrätInnen vor Ort wissen, an welchen Kleinigkeiten es oft hakt und könnten so das Leben der Bevölkerung unkompliziert erleichtern. Des Weiteren würde eine Erhöhung des Bezirksratsbudgets zu einer bürokratischen Entlastung des Gemeinderats und des Stadtsenats führen, da zahlreiche kleine Projekte, Anfragen und Initiativen nicht mehr von den betreffenden Organen der Stadt Graz behandelt werden müssten.

Eine Verdoppelung des Bezirksbudgets durch die Stadt Graz von 70 Cent auf € 1,40 pro EinwohnerIn würde rund € 200.000,- an jährlichen Mehrausgaben ausmachen. Die zusätzlichen Mittel zur Erhöhung der Bezirksbudgets könnten aus einer aliquoten Reduzierung der auf die einzelnen im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien entfallenden Parteiförderungsgelder aufgebracht werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Es wird ersucht, bei der Erstellung des Budgets für das Jahr 2019 eine Verdoppelung des Bezirksratsbudgets – von 0,70 Cent auf 1,40 Euro pro Einwohner/in und Jahr – zu berücksichtigen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.5 Statistische Daten betreffend Wohnungs- und Gebäudebestände
(GR. Luttenberger, KPÖ)**

Vor kurzen hat das „Forum Wohnpolitik“ eine wissenschaftliche Studie über den „Wohnungsbestand in Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck und die Frage: Verfügt die

österreichische Wohnungspolitik über ausreichend faktische Grundlagen“ veröffentlicht.

<http://forumwohnbaupolitik.at/barbara-ruhsman-ueber-den-wohnungsbestand-in-graz-linz-salzburg-und-innsbruck-und-die-frage-verfuegt-die-oesterreichische-wohnungspolitik-ueber-ausreichend-faktische-grundlagen/>

Kern der Studie ist die Erhebung statistischer Daten bezüglich der Wohnungs- und Gebäudesituation in den zuvor genannten Städten. Die Autorin hält in ihrer Studie fest: „(...) als einzige der vier untersuchten Landeshauptstädte scheinen weder auf der Website der Stadt Graz statistische Daten zum Wohnungs- und Gebäudebestand auf, noch kann die Präsidialabteilung der Stadt Auskunft über den Bestand geben.“ (Ruhsman: S. 5). Auch der „Wohnungsbericht der Stadt Graz“ konnte keinen Aufschluss geben.

Insbesondere wären folgende statistische Kennzahlen von Interesse:

- Anteil der geförderten Mietwohnungen in der Stadt Graz
- Anteil privater Mietverhältnisse nach Richtwertmietzins und freiem Mietzins
- Anzahl der Hauptwohnsitze im Haus- bzw. Wohnungseigentum

Da wir der Meinung sind, dass die zweitgrößte Stadt Österreichs über den Wohnungs- und Hausbestand Bescheid wissen soll bzw. seinen BürgerInnen diese Information zur Verfügung stellen soll, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Das Referat für Statistik wird beauftragt, statistische Daten zu den Wohnungs- und Gebäudebeständen in Graz laut Motivenbericht zu erheben und auf der Website der Stadt Graz allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.6 Aufwertung Rösselmühlpark (GR. Sikora, KPÖ)

In der Vergangenheit hatte die KPÖ Graz bereits mehrere Initiativen unter dem Motto „Lebensqualität Gries“ eingebracht, welche sowohl im Grazer Gemeinderat als auch im Bezirksrat beschlossene wurden.

Der Ruf nach mehr Bäumen, Sitzgelegenheiten und vor allem nach zusätzlichen hellen Lichtquellen sollte dem für den Bezirk Gries wichtigen Rösselmühlpark ein neues, attraktives und familiengerechtes Bild verleihen.

Die gemeinsame Ideensuche (Abt. für Grünraum und Gewässer, Stadtbaudirektion, Bevölkerung von Gries und Grazer Polizei) für eine Aufwertung des Parks mündete in einem beispielhaften BürgerInnenbeteiligungsprojekt. Nach vielen Gesprächen mit ParkbesucherInnen, der Bezirksvertretung und der Grazer Polizei wurde ein Sanierungskonzept entwickelt, welches im Herbst 2017 umgesetzt hätte werden sollen. Doch das vorliegende Konzept wurde leider bis heute noch nicht realisiert.

Die beschlossenen Eckpunkte des Sanierungskonzeptes dazu:

Grünraum: Ein Teil des Asphalt soll mehr grüner Vegetation weichen; neue Bäume und Sträucher zur Rösselmühlgasse hin; Blumenwiese zur Dreihackengasse;

Schotterwege: Sanierung der bestehenden Wege, Errichtung eines neuen Weges;

Beleuchtung: drei neue Lampen;

zwei Sitz- und Spielsterne: Designelemente aus Barcelona;

zwei Hängematten: mit Blick zum Mühlgang zum Entspannen;

weilers: ein Trinkbrunnen, neue Bänke, erhöhtes Holzdeck auf der Brückenwaage zum Rasten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

befinden sich aber die Parkplätze für Besucher des Friedhofes sowie für die Eltern von Schülern der St. Peter Volksschule.

Die Schule bietet eine Nachmittagsbetreuung an, verfügt über einen Turnsaal, der auch nachmittags und abends als Veranstaltungsstätte dient, sowie über eine Musikschule, an der auch in den Abendstunden Unterricht stattfindet. Die VS St. Peter ist also ein stark frequentierter Ort. Vor allem in den Wintermonaten ist das Begehen des Außenbereichs aufgrund der fehlenden Beleuchtung für Kinder und auch für Erwachsene besonders gefährlich.

Daher ergeht namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob rasch eine Abhilfe durch Anbringen von Beleuchtungskörpern im Bereich dieses Parkplatzes geschaffen werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.8 Teilnahme der Stadt Graz am Projekt „StadtWildtiere“ (GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner)

In Zusammenarbeit mit der Veterinärmedizinischen Universität ist im Jahr 2015 das Projekt „StadtWildtiere“ als Plattform für die Stadt Wien entwickelt worden – siehe <http://stadtwildtiere.at/>

Auf der Web-Site heißt es zum Projekt (Zitate):

„Tauchen Sie ein in den Stadtdschungel. Gemeinsam mit der Stadtbevölkerung werden Beobachtungen von Wildtieren in der Stadt gesammelt.

Diese Beobachtungen werden auf dieser Plattform zusammengeführt und auf Karten dargestellt. Alle Interessierten können sich beteiligen. Zusätzlich kann man sich als StadtNaturbeobachter/in engagieren. Außerdem erhält man viele praktische Beobachtungstipps, und Informationen zur Förderung von Wildtieren und anderes mehr.“

Die Ziele des Projekts StadtWildTiere:

- Nur was ich kenne, werde ich schützen: Immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner von Städten werden auf die große Vielfalt an Wildtieren im Siedlungsraum aufmerksam. Sie können ihre Beobachtungen melden, sich mit anderen Stadtnaturbeobachtern austauschen. Sie erhalten vielfältige Informationen zu den Tieren und Tipps, wie sie selber aktiv werden können.
- Schließen von Wissenslücken: Mit Hilfe der Bevölkerung erhalten wir ein möglichst vollständiges Bild zu Vorkommen und Verbreitung von Wildtieren im Siedlungsraum.
- Grundlagen für Schutz und Förderung: Aufgrund der gesammelten und analysierten Daten haben wir eine Grundlage, um die Wildtiere im Siedlungsraum gezielt zu fördern.

Ziel des Projekts ist es also, einerseits Informationen zu Wildtieren in der Stadt zu vermitteln und andererseits die Bevölkerung einzubinden, die eingeladen ist, Sichtungen von Wildtieren zu dokumentieren und über die Projekt-Web-Site zu

melden. Mittlerweile nehmen auch einige andere deutschsprachige Städte, wie z.B. Zürich, an der Plattform teil und so wurden bis dato 8.000 Beobachtungen von Wildtieren gesammelt und stehen für wissenschaftliche Arbeiten zur Verfügung. Für die Kommune hat eine Teilnahme an der Plattform den Vorteil, dass eine zentrale Ansprechstelle entsteht, wo Fragen und Antworten zum Thema Wildtiere, z.B. auch Jungtiere, gebündelt werden und öffentlichkeitswirksame Schwerpunktprojekte durchgeführt werden können. So würde sich in Graz für den Start z.B. eine Igel-Kartierung anbieten.

Wie funktioniert „StadtWildtiere“?

Menschen können Tier-Beobachtungen auf einer eigenen stadtspezifischen Subseite auf der Website stadtwildtiere.at melden und selbst eintragen - in unserem Fall wäre das StadtWildtiere.Graz. Seitens der Stadt sollte eine Kontrolle der eingegebenen Daten auf Plausibilität, die laufende Beantwortung von Anfragen sowie der fallweise Kontakt zur Veterinärmedizinischen Universität und die Bereitstellung Graz-spezifischer Inhalte gewährleistet werden. Ein weitergehendes Engagement, wie die Durchführung von Schwerpunktprojekten, wäre natürlich sehr wünschenswert. Insgesamt wäre für die technische Einbindung von StadtWildtiere.Graz und eine externe Grund-Betreuung mit Kosten von rund 10.000 € pro Jahr zu rechnen. Naturgemäß sollte das Projekt mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit bekanntgemacht und begleitet werden.

Die Kooperation der Stadt Graz bei diesem Wildtierprojekt wäre fachlich und umweltpädagogisch lohnend. In der Bevölkerung könnte mehr Bewusstsein darüber geschaffen werden, dass die Stadt ein Areal ist, in dem Wildtiere einen Lebensraum finden. Über den Citizen Science-Ansatz könnten Menschen an wissenschaftlichen Projekten mitarbeiten, gleichzeitig wird der Wissensstand erhöht.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Antrag:

Das Referat Naturschutz in der Abteilung für Grünraum und Gewässer möge eine Teilnahme der Stadt Graz am Projekt „StadtWildtiere“ einer wohlwollenden Prüfung unterziehen, die Rahmenbedingungen organisatorischer und finanzieller Natur mit dem Projektträger an der Veterinärmedizinischen Universität und in Graz bereits fachspezifisch tätigen Organisationen klären sowie ein entsprechendes Commitment für die Teilnahme der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorbereiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.9 Stillfreundliche Stadt (GRⁱⁿ Wutte, Grüne)

Alle Eltern kennen es: Die ersten Ausflüge mit Baby sind eine logistische Herausforderung und mit gewissem Stress verbunden. Wenn das Baby gestillt wird, ist es gerade in der kälteren Jahreszeit nicht immer einfach, einen geeigneten Platz zum Stillen zu finden. Die in den letzten Jahren medial wieder vermehrt geführte Debatte über öffentliches Stillen zeigt, dass das damit verbundene Tabu keineswegs völlig überwunden ist.

Deswegen haben deutsche Städte wie Osnabrück und Dortmund die Aktion „stillfreundliche Stadt“ gestartet. Mit einem Aufkleber können sich Lokale und Geschäfte als „stillfreundlich“ deklarieren. Das bedeutet, dass Frauen jederzeit zum Stillen willkommen sind und ihnen ohne Konsumzwang ein Sitzplatz - idealerweise in ruhiger Umgebung - angeboten wird.

Durch die Aktion wird nicht nur Müttern der Alltag erleichtert, auch alle anderen werden für das Thema sensibilisiert. So können Städte einen Beitrag dazu leisten, dass junge Mütter weiterhin gut am öffentlichen Leben teilhaben können und sich an möglichst vielen Orten willkommen fühlen. Um das Angebot gut zugänglich zu machen, könnten in weiterer Folge auf der Homepage der Stadt Graz alle teilnehmenden

Betriebe bzw. alle öffentlichen Still- und Wickelmöglichkeiten aufgelistet werden und idealerweise via App abrufbar sein.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Das für den Bereich Wirtschaft zuständige Stadtregierungsmitglied Bgm. Siegfried Nagl wird ersucht, in Absprache mit dem Amt für Jugend und Familie auch in Graz die Aktion „stillfreundliche Stadt“ ins Leben zu rufen und möglichst viele Grazer Betriebe für die Teilnahme zu gewinnen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.10 Drohende Beschädigungen an Radweg aufgrund Bauprojekt Alte Poststraße / Feldgasse (GR. Mag. Haßler, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Bereich Alte Poststraße/Feldgasse wird entlang der ÖBB-Bahnlinie derzeit ein Wohnbauprojekt realisiert. Der Rohbau ist schon fast fertig, derzeit sind die Abwasserschächte und –leitungen in Arbeit, auch mit der Planierung wurde bereits begonnen.

Allerdings wurde bereits während der Bauphase eine Schwachstelle offenkundig, auf die auch bereits im Bezirksrat Straßgang von der SPÖ eindringlich hingewiesen wurde: An der Ostseite, wo die Sickerschächte errichtet wurden, beträgt der Abstand zwischen dem neuen Wohnhaus und dem vorbeiführenden Radweg rund vier bis fünf Meter, und das bei einem nicht unerheblichen Höhenunterschied von 70 bis 100 Zentimeter, die der Radweg tiefer liegt. Was während und nach Regenfällen, wie sich bereits

während der Bauphase gezeigt hat, zu größeren Problemen führt, da diese Gegebenheiten für eine Versickerung/Entwässerung auf dem Grundstück ungeeignet sind; stattdessen fließt sehr viel Wasser auf den Radweg ab, dabei werden Gestein und Erdreich mitgespült. Was nicht nur dazu führen dürfte, dass der Radweg unterspült und beschädigt wird, sondern vor allem auch für RadfahrerInnen eine ernste Gefährdung darstellt.

Dem gegenzusteuern und sinnvolle begleitende Maßnahmen zu entwickeln bzw. umzusetzen, dazu wäre jetzt, VOR Fertigstellung des Bauprojektes wohl der geeignete Zeitpunkt. Auch wäre es jetzt, vor Beginn des Winters, wichtig, die Beschädigungen am Radweg zu beheben: So wurden zum Beispiel zur Befestigung des Bauzaunes in die Radweg-Asphaltdecke Löcher gebohrt – diese sollten ehe baldigst, zumindest aber vor Beginn der Frostperiode, verschlossen werden, um größeren Schäden vorzubeugen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag,

die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen sich im Sinne des Motivenberichts dieser Angelegenheit raschest annehmen und die VerantwortungsträgerInnen des angesprochenen Wohnbauprojektes dazu veranlassen, Maßnahmen zu ergreifen, damit besagter Radweg durch das Bauprojekt nicht weiter in Mitleidenschaft gezogen wird und bereits aufgetretene Schäden zu sanieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Verbesserung der Verkehrssicherheit im Umfeld der
Kinderbetreuungseinrichtungen in der Gradnerstraße 190
(GR. Mag. Haßler, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Objekt Gradnerstraße 190 in Graz-Straßgang ist unter anderem ein Kindergarten und eine Kinderkrippe untergebracht. Leider ist die Ausfahrt aus der dortigen „Sackgasse“ sehr unübersichtlich, sodass es immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt.

Elternvertreter sind daher mit der Bitte an mich herangetreten, hier eine Verbesserung der Verkehrssicherheit zu veranlassen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag,

die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen sich im Sinne des Motivenberichts dieser Angelegenheit raschest annehmen, um die Verkehrssicherheit in diesem Bereich ehe baldigst zu verbessern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.12 Durchstich Geh- und Radweg Markuskasse, Verlängerung im Bereich
Puchstraße/Markuskasse (GR. Mag. Muhr, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Ausbau und die Verbesserung des Radwegnetzes der Stadt Graz nimmt auf Grund der Verkehrssituation in unserer Stadt eine besonders wichtige Rolle ein.

Nun bietet sich im Zuge der Errichtung des Murkraftwerks in Puntigam eine weitere Möglichkeit, das Radwegnetz zu erweitern bzw. zu verbessern, da es geplant ist, den Puchsteg auf Höhe Angergasse/Theyergasse in Richtung Süden zu verlegen.

Mit dieser Verlegung ist nun die Möglichkeit gegeben, den Radfahrern eine neue und attraktive Route Richtung Osten anzubieten und somit den Radfahrverkehr in Graz zu fördern.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die Verkehrsplanung soll einerseits die Möglichkeit eines Durchstichs des Radweges im Bereich Puchstraße 133/ Verlängerung der Markusgasse für einen Geh- und Radweg prüfen und andererseits im Zuge der Neugestaltung des Murradweges die Umsetzung nach positiver Bewertung gemeinsam mit der Holding Graz umsetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.13 Regionalbusse / Zusteige- bzw. Ausstiegsmöglichkeiten auch innerhalb des Stadtgebietes (GR. Mag. Muhr, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

So positiv der Verkehrsverbund mit seinen attraktiven Möglichkeiten wie etwa Taktfahrplan, dichtes Liniennetz und den S-Bahn-Verbindungen auch bewertet wird – ein Punkt sorgt immer wieder, und das seit vielen Jahren, für immense Verärgerung: die Regionalbusse.

Ganz konkret geht es darum, dass in Graz, also in der Tarifzone 101, unter anderem auch Regionalbusse unterwegs sind, die – wie der Name sagt – den regionalen öffentlichen Verkehr bedienen, also Fahrgäste aus der Region nach Graz bzw. aus Graz in die Region bringen. Und selbstverständlich gelten auch für diese Regionalbusse Fahrkarten für die Tarifzone 101. Allerdings sind diese Regionalbusse – die verschiedenen Linien kommen aus der Steiermark wirklich aus allen Himmelsrichtungen - innerhalb des Stadtgebietes nur eingeschränkt nutzbar. Auf Strecken, wo auch die Linien Graz unterwegs sind, kann man in Regionalbusse, wenn sie stadteinwärts unterwegs sind, innerhalb des Stadtgebietes nicht zusteigen, sind sie stadtauswärts unterwegs, darf man innerhalb der Stadtgrenzen nicht aussteigen. Was zu der mehr als kuriosen Situation führt, dass an manchen zentralen Umsteigestellen beispielsweise in der Frühspitze Regionalbusse stehenbleiben, Fahrgäste aussteigen lassen, aber niemanden zusteigen lassen und stattdessen halbleer weiterfahren, obwohl an der Haltestelle zahlreiche Menschen warten, die dasselbe Fahrziel hätten wie der Regionalbus. Aber sie müssen auf die „Graz Linien“ warten. Obwohl sie – gleich wie die Fahrgäste im Regionalbus – gültige Karten für die Tarifzone 101 besitzen.

Nun ist klar, dass Regionalbusse – auch aus ihrer Konzeption als Schnellbusse heraus, die analog zur S-Bahn für schnelle Verbindungen zu sorgen haben – nicht an jeder Haltestelle innerhalb des Stadtgebietes die zugegeben zeitraubende Einstiegs-/Ausstiegs-Prozedur machen sollen, dafür gibt es nun in der Tat die darauf ausgerichteten Graz Linien. Aber an zentralen Einstiegsstellen bzw. Umsteigeplätzen sollte es wohl möglich sein, auch innerhalb des Stadtgebietes diese Regionalbusse zu nutzen. Das wäre zum einen eine Entlastung der „Graz Linien“ gerade in Spitzenzeiten, das wäre aber auch ein weiterer Beitrag zur Taktverdichtung und somit zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs; vor allem aber würde es dem Verbund-Gedanken entsprechen: An einer Haltestelle, an der ein halbleerer Bus stehen bleibt, nicht zusteigen zu dürfen, obwohl man eine Karte hat und der Bus genau das Ziel anpeilt, zu dem man will, ist grotesk, sorgt bei Fahrgästen für verständnisloses Kopfschütteln und ist nicht gerade ein Anreiz zum Umsteigen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag,

die zuständige Verkehrsreferentin Elke Kahr wird ersucht, im Sinne des Motivenberichts mit dem Steirischen Verkehrsverbund Verhandlungen aufzunehmen, damit zumindest an zentralen Umsteigestellen bei stadteinwärts fahrenden Regionalbussen auch das Zusteigen und bei stadtauswärts fahrenden Regionalbussen an solchen zentralen Umsteigestationen auch das Aussteigen ermöglicht wird. Dem Gemeinderat ist bis Jänner nächsten Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.14 Aufwertung der Bezirksräte-Budgets (GR. Swatek, Neos)

Nirgends ist unsere Stadt so nah an den Bürgerinnen und Bürgern, wie es bei den Grazer Bezirksräten der Fall ist. Unsere Bezirksräte sind die erste Anlaufstelle für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und vertreten die bezirksbezogenen Interessen der Bevölkerung gegenüber den Organen und Einrichtungen der Stadt. Doch seit Jahren hadern die Grazer Bezirksräte mit einem geringen Budget von nur 70 Cent pro Einwohner ihres Bezirks. Finanzielle Mittel, die den Bezirksräten nur wenig Spielraum lassen. Doch gerade die Bezirksräte wären als direkter Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Institution, die sich mit zusätzlichen Mitteln intensiver den Anliegen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger widmen könnten.

Gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, die finanziellen Mittel unserer Grazer Bezirksräte aufzuwerten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.15 Finanzielle Unterstützung der Deutschförderstunden an Grazer Pflichtschulen
(GR. Swatek, Neos)**

Die ersten Wochen im neuen Schuljahr in den Grazer Pflichtschulen sind vorüber. Zu Neuanmeldungen an Schulen kommt es kaum noch. Damit steht fest, dass es in den Grazer Pflichtschulen rund um die Einführung der Deutschförderklassen zu einer deutlichen Verschlechterung gekommen ist. So berichtete die Kleine Zeitung in ihrer Ausgabe vom 13.10.2018 von einer Volksschule im Bezirk Lend, die von 149 Deutschförderstunden auf 94 fällt. Eine weitere Schule in Gries soll durch die neuen Deutschförderklassen statt wie bisher 134 nur noch auf 66 Wochenstunden kommen. Die Grazer Stadtregierung darf nicht zusehen, wie sich die ohnehin schon angespannte Situation an den Grazer Brennpunktschulen weiter verschlechtert. Es ist längst an der Zeit, als Stadt aktiv zu werden und eigene finanzielle Mittel in die Hand zu nehmen. Hierfür soll die Stadt den betroffenen Schulen mit eigenen Mitteln unter die Arme greifen. Damit sollen gekürzte Deutschförderstunden an unseren Volksschulen wieder auf ihr ursprüngliches, vor Einführung der Deutschförderklassen zur Verfügung stehendes Kontingent aufgestockt werden. Kein einziger Euro aus dem Budget unserer Stadt könnte an anderer Stelle sinnvoller verwendet werden als für die Kinder und damit die Zukunft unserer Stadt. Schauen wir als Stadt nicht mehr länger zu, wie sich die Situation an unseren Pflichtschulen Jahr für Jahr verschlechtert. Werden wir endlich aktiv.

Gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, finanzielle Mittel freizustellen, um diese unseren Grazer Pflichtschulen zur Verfügung zu stellen und damit

Kürzungen bei Deutschförderstunden entgegenzuwirken.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.16 FONTS FOR FREEDOM - ein Statement für Pressefreiheit (GR. Swatek, Neos)

Allein im Jahr 2018 wurden bereits über 150 Journalisten weltweit inhaftiert und 140 Medienorganisationen zensiert oder geschlossen. Mit der Initiative "FONTS OF FREEDOM" möchte „Reporter ohne Grenzen“ sicherstellen, dass die geschlossenen Medien nicht in Vergessenheit geraten. Stattdessen sollen sie ein Symbol der Medien und Pressefreiheit werden. Dazu hat „Reporter ohne Grenzen“ die Typografien geschlossener Medienhäuser aus aller Welt rekonstruieren lassen.

Diese sind auf der Webseite fonts-for-freedom.com frei downloadbar und dienen zur freien Verwendung. Bereits eine Vielzahl von namhaften Medien, wie etwa die Süddeutsche Zeitung, haben ein Zeichen für die Pressefreiheit gesetzt und ganze Zeitungen mit den Typografien geschlossener Medien veröffentlicht. Auch die Stadt Graz sollte mit ihrer Zeitschrift der "BIG-BürgerInneninformation" ein starkes Zeichen für die Pressefreiheit setzen und Überschriften einer der kommenden Ausgaben mit Typografien zensierter Medien gestalten.

Gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, ein starkes Zeichen für die Pressefreiheit zu setzen. Dafür sollen die zuständigen Stellen sich der Initiative "FONTS FOR FREEDOM" anschließen und Überschriften einer der kommenden Ausgaben der "BIG-BürgerInneninformation" mit Typografien verbotener Tageszeitungen gestalten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.17 Fragerecht der Gemeinderäte bei Bestellungen von Leitern der Magistratsabteilungen (GR. Swatek, Neos)

Bei der Bestellung des Magistratsdirektors bzw. den Bestellungen der Leiter der Magistratsabteilungen oder städtischer Eigenbetriebe einschließlich der Geschäftsbereichsleiter (Finanzdirektor, Baudirektor) sowie des Leiters des Stadtrechnungshofes kommt es gemäß der Objektivierungsrichtlinien zu einer Anhörung vor den Mitgliedern des Stadtsenates sowie dem Magistratsdirektor. Bei dieser Anhörung darf als Zuhörer auch jeweils ein Vertreter der im Gemeinderat vertretenen Parteien anwesend sein. Diesen Zuhörern steht jedoch kein Fragerecht zu, obwohl sie auf Grundlage der Anhörung dazu gezwungen sind, im Gemeinderat eine Entscheidung über die Bestellung der Bewerberin oder des Bewerbers zu fällen. Um sich ein klares Bild über die Qualifikationen der Bewerberin oder des Bewerbers zu machen, ist ein Fragerecht jedoch unabdingbar.

Gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, die Objektivierungsrichtlinien um ein Fragerecht bei Anhörungen durch alle im Gemeinderat vertretenen Wahlparteien zu erweitern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.18 Günstige Öffis für Grazer Studierende (GR. Swatek, Neos)

Mit rund 60.000 Studierenden und acht Hochschulen dürfen wir unser Graz stolz als Studentenstadt bezeichnen. Blickt man jedoch auf die Grazer Stadtpolitik, scheinen die Interessen der Grazer Studierenden keinen Anklang zu finden. Das beste Beispiel hierfür ist der öffentliche Verkehr. Ein Jahresticket für jede Grazerin und jeden Grazer kostet, dank Förderung der Stadt in Höhe von 175 €, derzeit 265 €. Die Studierendenkarte für denselben Zeitraum wird hingegen nur mit 80 € gefördert und kostet einer/einem Studierenden 285,40 € im Jahr. Um 20,40 € würde jede und jeder Studierende im Jahr mehr zahlen, wenn sie/er ein Studierendenticket statt einer Jahreskarte erwerben würde. 20,40 €, obwohl für den Mobilitätsscheck ein Leistungsnachweis vonnöten ist, während das Jahresticket für jede Grazerin und jeden Grazer ohne Hürden verfügbar ist.

Während man sich als Student in Wien 215 € im Jahr für das Öffi-Ticket spart, in Linz nur 50 € für ein Ticket als Studierender bezahlt, fehlt es derzeit an einer wirksamen Förderung für Studierende in Graz. Dass es auch im öffentlichen Verkehr vonnöten ist, Studierenden aufgrund ihrer sozialen Lage unter die Arme zu greifen, zeigt beispielhaft die "Studierenden-Sozialerhebung 2015". Es ist daher Zeit, den Grazer Mobilitätsscheck neu aufzusetzen und Studierenden, die Innovationsträger und die Zukunft unserer Stadt, ausreichend zu fördern.

Gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, den Mobilitätscheck für Studierende der Stadt Graz zu evaluieren und eine Erhöhung der Förderung durchzuführen, um Studierenden günstigere öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 18. Oktober 2018

Damit ist die ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 16.45 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister:

Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter:

Mag. (FH) Mario Eustacchio

Stadtrat:

Kurt Hohensinner, MBA

Stadtrat:

Dr. Günter Riegler

Schriftführer und Schriftprüferin:

Der Schriftführer:

Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:

GRⁱⁿ Tamara Ussner

Wörtliches Protokoll erstellt von Carina Reiter und Christiane Plank